

**Titel: Auskunftersuchen nach §71 (4) KV M-V; hier: Entwicklung  
Frankenvorstadt und Reiferbahn  
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum: 27.11.2018
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Bürgerschaft erhält von der Stralsunder Wohnungsbaugesellschaft mbH (SWG)  
Antworten auf die folgenden Fragen:

- Für wann beabsichtigt die SWG, die Freiflächen in der Frankenvorstadt/an der Reiferbahn wieder neu zu bebauen und wird auch nach anderen interessierten Investoren Ausschau gehalten?
- Will die SWG alle Freiflächen in der Frankenvorstadt, auch diejenigen, die nach Abriss noch frei werden, in einem Projekt bebauen oder wird beabsichtigt, schon bald bzgl. der jetzt schon freien Flächen anzufangen und damit eine gemischtere Struktur zu versuchen?
- Was wird unternommen, um eine gemischte, einer Gentrifizierung entgegenwirkende Sozialstruktur entstehen zu lassen?
- Wie hoch wird der Sozialwohnungs- und landesgeförderte Anteil sein?
- Wie viel Prozent der Mieten werden sich in welchen Quadratmeterpreisspannen bewegen?

Begründung:

Es sollte auch in der Frankenvorstadt vermieden werden, dass eine zu homogene Bau- und Sozialstruktur entsteht. Dies kann unter anderem dadurch verhindert werden, dass zu verschiedenen Zeitpunkten und mit unterschiedlichen Investoren und Architekten gebaut wird. Zudem ist darauf zu achten, in umfassender Größenordnung Wohnungen mit günstigen Mieten vorzuhalten und so einer Verdrängung vorzubeugen.

